Amtliche Bekanntmachung 032/2008
**Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren bei Einsätzen der
Freiwilligen Feuerwehr Herzogenrath vom 25.06.2008**

Der Rat der Stadt Herzogenrath hat aufgrund folgender gesetzlicher Bestimmungen

- §§ 7, 8 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der z.Zt. gültigen Fassung,
- § 41 Abs. 2, 3 und 4 S. 2 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) vom 10.02.1998 (GV.NRW. S. 122), in der z.Zt. gültigen Fassung
- §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV.NRW. S. 712), in der z.Zt. gültigen Fassung

in seiner Sitzung am 24.06.2008 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Grundsatz

Die Stadt Herzogenrath unterhält zur Bekämpfung von Schadenfeuer sowie zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden, eine Freiwillige Feuerwehr nach Maßgabe des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG).

Einsätze in diesem Rahmen sind unentgeltlich, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.

§ 2

Kostenersatz

Für die nachfolgend aufgeführten Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr Herzogenrath und hilfeleistenden Feuerwehren im Sinne von § 25 FSHG wird der Ersatz von entstandenen Kosten verlangt;

1. von dem Verursacher, wenn er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich herbeigeführt hat,
2. von dem Betreiber von Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 FSHG im Rahmen ihrer Gefährdungshaftung nach sonstigen Vorschriften,
3. von dem Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen entstanden ist, sowie von dem Ersatzpflichtigen in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung,
4. von dem Transportunternehmer, Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden bei der Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten im Sinne der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) vom 13. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1937) in der jeweils geltenden Fassung oder von besonders feuergefährlichen Stoffen oder gefährlichen Gütern im Sinne der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) vom 12. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1886) in der jeweils geltenden Fassung oder § 19 g Abs. 5 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695) in der jeweils geltenden Fassung entstanden ist,

5. von dem Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden beim sonstigen Umgang mit brennbaren Flüssigkeiten oder besonders feuergefährlichen Stoffen oder gefährlichen Gütern gemäß Nummer 4 entstanden ist, soweit es sich nicht um Brände handelt,
6. vom Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten einer Brandmeldeanlage außer in den Fällen nach Nummer 7, wenn der Einsatz Folge einer nicht bestimmungsgemäßen oder missbräuchlichen Auslösung war,
7. von einem Sicherheitsdienst, wenn dessen Mitarbeiter eine Brandmeldung ohne eine für den Einsatz der Feuerwehr erforderliche Prüfung weitergeleitet hat,
8. von demjenigen, der vorsätzlich grundlos die Feuerwehr alarmiert.

Besteht neben der Pflicht der Feuerwehr zur Hilfeleistung die Pflicht einer anderen Behörde oder Einrichtung zur Schadensverhütung und Schadensbekämpfung, so sind der Gemeinde die Kosten für den Feuerwehreinsatz vom Rechtsträger der anderen Behörde oder Einrichtung zu erstatten, sofern ein Kostenersatz nach Satz 1 nicht möglich ist.

§ 25 Abs. 2 FSHG findet keine Anwendung.

§ 3

Gebühren

- (1) Für die Gestellung von Brandsicherheitswachen nach § 7 FSHG, das Gewähren von Hilfeleistungen und für die zeitweise Überlassung von Fahrzeugen und Geräten der Feuerwehr, die nicht nach § 41 Abs. 1 FSHG unentgeltlich sind und nicht unter die Vorschriften des § 41 Abs. 2 FSHG fallen, werden Gebühren erhoben.
- (2) Die Leistungen nach Abs. 1 können von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von der Bereitstellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden.
- (3) Auf freiwillige Leistungen der Feuerwehr besteht kein Rechtsanspruch. Ob sie gewährt werden sollen, entscheidet der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Bei freiwilligen Leistungen ist die Haftung der Stadt Herzogenrath auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.
- (4) Für Gegenstände der Feuerwehr, die bei freiwilligen Leistungen der Feuerwehr ohne Verschulden der Feuerwehr beschädigt oder vernichtet werden, hat der Gebührenpflichtige Schadenersatz zu leisten.
- (5) In Anspruch genommene Geräte sind bestimmungsgemäß zu verwenden und unverzüglich nach Gebrauch gereinigt der Feuerwehr zurückzugeben.

§ 4

Berechnungsgrundlage

- (1) Der Kostenersatz und die Gebühren, die sich jeweils aus den Personal-, Fahrzeug-, Geräte- und Sachkosten zusammensetzen, werden nach den in den §§ 5 bis 7 aufgestellten Grundsätzen berechnet.

- (2) Die Höhe der Stundensätze der eingesetzten Fahrzeuge bemessen sich nach dem als Anlage beigefügten Kostentarif. Bei Fahrzeugen sind die Betriebskosten und die Aufwendungen für die in den Fahrzeugen befindlichen Geräte enthalten.
- (3) Für Leistungen, die in diesem Tarif nicht ausdrücklich benannt sind, werden die für vergleichbare Leistungen festzusetzenden Kosten bzw. Gebühren erhoben.
- (4) Wartezeiten, die die Feuerwehr nicht zu vertreten hat, werden berechnet, auch wenn Leistungen während dieser Zeit nicht erbracht werden.
- (5) Bei Einsätzen, die eine besondere Reinigung der Fahrzeuge und Geräte erforderlich machen, wird die Zeit für die Reinigung der Einsatzzeit hinzugerechnet.

§ 5

Personalkosten

- (1) Die Personalkosten berechnen sich bei Einsätzen nach § 41 Abs. 2 FSHG, bei Brandsicherheitswachen und freiwilligen Leistungen der Feuerwehr aufgrund der Einsatzzeit.
- (2) Die Einsatzzeit bei Einsätzen nach § 2 beginnt mit dem Zeitpunkt der Alarmierung und endet mit der Rückkehr zum Gerätehaus.
- (3) Die Einsatzzeit bei Brandsicherheitswachen richtet sich nach dem Einsatzbericht des Führers der Brandsicherheitswache.
- (4) Bei freiwilligen Hilfeleistungen werden die Personalkosten nach dem Einsatzbericht berechnet.
- (5) Abgerechnet wird grundsätzlich nach Einsatzstunden. Als Mindestgebühr gilt der Satz für eine Stunde. Darüber hinaus wird jede angebrochene Stunde als volle Stunde berechnet.
- (6) Für die Dauer des Einsatzes nach § 2 und bei freiwilligen Hilfeleistungen wird je eingesetztem Feuerwehrmitglied der Freiwilligen Feuerwehr aller Dienstgrade ein Stundenlohn von 20,00 EURO berechnet. Für Angehörige der hauptamtlichen Feuerwache wird ohne Rücksicht auf den Dienstgrad ein Stundenlohn von 32,00 EURO erhoben.
- (7) Für alle Einsätze nach § 2 in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen wird auf die Personalkosten ein Zuschlag von 50 v.H. erhoben.
- (8) Für die Dauer der Einsatzzeit bei Brandsicherheitswachen wird je eingesetztem Feuerwehrmitglied aller Dienstgrade ein Stundenlohn von 7,00 EURO berechnet.
- (9) Der Mindestbetrag für Brandsicherheitswachen bei nicht rechtzeitig abgesagten Veranstaltungen beträgt 25,00 EURO.

§ 6

Fahrzeug- und Gerätekosten

- (1) Bei Einsätzen nach § 41 Abs. 2 FSHG und freiwilligen Hilfeleistungen werden die Fahrzeug- und Gerätekosten für die zum Einsatz kommenden Fahrzeuge und Geräte aufgrund der Einsatzzeit, in der sie vom Feuerwehrgerätehaus abwesend sind, berechnet. Die Einsatzzeit beginnt mit dem Ausrücken und endet mit der Rückkehr zum Feuerwehrgerätehaus.

- (2) Abgerechnet wird grundsätzlich nach Einsatzstunden. Als Mindestgebühr gilt der Satz für eine Stunde. Darüber hinaus wird jede angebrochene Stunde als volle Stunde berechnet.
- (3) Bei Fahrzeugen sind im Kostenersatz die Betriebskosten und die Aufwendungen für die Inanspruchnahme der in den Fahrzeugen befindlichen Geräte außer bei Ölsperren enthalten.
- (4) Für die anzuwendenden Geräte für Ölsperren wird pauschal je angefangener Tag ein Betrag von 28,00 EURO berechnet.

§ 7

Sach- und Verwaltungskosten

- (1) Die Sachkosten für Verbrauchsgüter, wie Schaummittel, Bindemittel, anfallende Kosten der Entsorgung sowie Kosten für einsatzbedingt unbrauchbar gewordene Ausrüstung werden zusätzlich zu den Personal-, Fahrzeug- und Gerätekosten nach dem Wiederbeschaffungspreis berechnet.
- (2) Für den sachlichen und zeitlichen Verwaltungsaufwand wird eine Kostenpauschale von 30,00 EURO erhoben.

§ 8

Kosten- und Gebührenschuldner

- (1) Die Bestimmung des Ersatzpflichtigen nach Einsätzen gemäß § 41 Abs. 2 FSHG richtet sich nach § 2 dieser Satzung. Wird der Einsatz von mehreren in Anspruch genommen, so ist jeder zahlungspflichtig. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (2) Bei Brandsicherheitswachen und freiwilligen Hilfeleistungen ist zur Zahlung verpflichtet, wer die Leistung selbst oder durch Dritte, deren Handhabung ihm hinzuzurechnen ist, veranlasst hat oder zu wessen Gunsten sie erfolgt. Absatz 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 9

Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit von Kostenersatz und Gebühren

- (1) Der Kostenersatzanspruch bzw. die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der kostenpflichtigen Leistung der Feuerwehr. Sie wird mit Bekanntgabe des Bescheides fällig und ist innerhalb eines Monats nach Erhalt des Bescheides an die Stadt Herzogenrath zu entrichten.
- (2) Rückständige Geldbeträge werden gemäß den Bestimmungen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 13.05.1980 (GV.NRW. S. 510) in der jeweils geltenden Fassung beigetrieben.
- (3) Von dem Ersatz der Kosten bzw. Gebühren kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist.
- (4) Die Stundung des Kostenersatzes richtet sich nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.

§ 10

Inkrafttreten, Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.07.2008 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr Herzogenrath vom 07.07.1993 in der Fassung vom 27.09.2001 außer Kraft.

Anlage:

zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr Herzogenrath vom 24.06.2008

Tarifstelle	Leistung / Produkt	Kostensatz / Entgelt je angefangene Stunde
1	Personal	
1.1	Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr ohne Rücksicht auf den Dienstgrad	20,00 €
1.2	Angehörige der Hauptamtlichen Feuerwache ohne Rücksicht auf den Dienstgrad	32,00 €
1.3	Zuschlag von 50 v.H. für Einsätze an Sonn- und Feiertagen und in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr	10,00 € 16,00 €
1.4	Brandsicherheitswachen je Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr ohne Rücksicht auf den Dienstgrad	7,00 €
2	Fahrzeuge	
2.1	• Mannschaftstransportfahrzeug (MTF) • Einsatzleitfahrzeug (ELW) • Kommandowagen (KdOW)	22,00 €
2.2	• Drehleiterfahrzeug (DLK)	114,00 €
2.3	• Gefahrgutfahrzeug (GW-G und GW-L) • Rüstwagen (RW 1)	69,00 €
2.4	• Löschfahrzeug mit einer FP 8/8 (LF 8; LF 8/6; LF 10/6)	48,00 €
2.5	• Löschfahrzeug mit einer FP 16/8 (TLF 16/25) • Löschfahrzeug (LF 16/12 / LF 16 TS)	56,00 €
2.6	• Löschfahrzeug mit einer FP 24/8	63,00 €
2.7	• Hilfeleistungsfahrzeug (HLF 20/16)	73,00 €
2.8	• Anhänger • Rettungsschlauchboot	15,00 €
3	Gerätschaften	
3.1	• Tragkraftspritze	26,00 €
3.2	• Schmutzwasserpumpe • Motorsäge • Ölabsauggerät • Motorkettensäge	12,00 €
3.3	• Stromerzeuger	22,00 €
3.4	• Atemschutzgerät • Hydraulisches Rettungsgerät	22,00 €
3.5	• tragbare Leitern • Winden / Hebezug • Leinen / Rettungs-Set	8,50 €
3.6	• Flaschenzug / Greifzug	5,60 €
3.7	• Füllung von Atemluftflaschen pro Liter Fassungsvermögen	2,10 €
3.8	• Schläuche je Länge	3,00 €
3.9	• Beleuchtungs-Set	16,00 €
4	Verbrauchsmaterial	

	Öl-, Chemikalienbindemittel, Sonderlöschmittel, Atemluftfilter, Schutzkleidung, Fluchthauben und / oder sonstiges Verbrauchsmaterial werden nach handelsüblichen Preisen abgerechnet	
5	Missbrauch	
	Missbräuchlichen Alarmierungen bzw. Nutzungen werden nach diesem Kostentarif berechnet Mindestgebühr:	je Einsatz 400,00 €

BEKANNTMACHUNGSANORDNUNG

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr Herzogenrath vom 25.06.2008 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird nach § 7 Abs. 6 GO NRW darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Herzogenrath, den 25.06.2008

Gez.

(Christoph von den Driesch)
Bürgermeister